

## Übungsaufgabe zur Vorbereitung auf die Zwischenprüfung des gehobenen Zolldienstes

– Prüfungsfach Rechtliche Grundlagen des Verwaltungshandelns mit Lösung

**Bearbeitungszeit:** 90 min (50 von 100 Punkten)

**Hilfsmittel:** E-VSF

Im Rahmen der fachtheoretischen Ausbildung des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes der Zollverwaltung am Fachbereich Finanzen der Hochschule des Bundes ist im ersten Studienabschnitt eine Zwischenprüfung zu bewältigen. Bestandteil der Zwischenprüfung ist unter anderem eine Klausur im Prüfungsfach „Rechtliche Grundlagen des Verwaltungshandelns“. Schwerpunkt dieser Klausur ist eine Aufgabenstellung aus dem Studienfach „Verwaltungsrecht“. Der nachfolgende Klausurteil entspricht 50 % einer Gesamtklausur (= 50 Punkte von insgesamt 100 zu erreichenden Punkten). Ein weiterer Teil besteht aus Aufgabenstellungen der Fächer „Recht des öffentlichen Dienstes“ oder „Zivilrecht“ und ein dritter Teil aus sogenannten laubbahntypischen Fachinhalten wie dem Allgemeinen Zollrecht.

### A. Sachverhalt

Nach seinem Urlaub in Nepal kam der Reisende A am 15. Januar 2001 mit einem Linienflug am Münchener Flughafen an. In Nepal erwarb A eine Uhr, die er bei seiner Ankunft in München am Handgelenk trug. Dem Zollbeamten Z fiel sofort das Armband der Uhr auf. Er inspizierte das Armband und stellte zutreffend fest, dass es aus Reptilleder besteht und zwar aus dem eines Gangesgavials. Es handelt sich hierbei um eine wild lebende und vom Aussterben bedrohte Krokodilart. Für die Herstellung des Armbands wurde die Haut des Gangesgavials gegerbt und zugeschnitten. Für das Verbringen des Armbands von Nepal nach Deutschland benötigt A artenschutzrechtliche Dokumente, darunter eine Ausfuhrgenehmigung aus Nepal und eine Einfuhrgenehmigung des Bundesamtes für Naturschutz in Deutschland.

Auf Nachfrage teilte A mit, dass er die benötigten Dokumente besitze und präsentierte ein als Ausfuhrgenehmigung gekennzeichnetes Dokument aus Nepal und eine Einfuhrgenehmigung aus Deutschland. Bei näherem Hinsehen stellte der Zollbeamte Z zutreffend fest, dass in den beiden Dokumenten die genaue Bezeichnung der eingeführten Tierart nicht Gangesgavial, sondern Sunda-Gavial lautet. Es handelt sich hierbei zwar um eine der Familie der Gaviale angehörende, allerdings um eine andere Gavialart.

Ohne dem A vorher die Gelegenheit zu geben, sich zu äußern, teilte ihm der Zollbeamte Z (zutreffend) mit, dass die Dokumente nicht ausreichend seien. Daraufhin teilt der Z dem A mündlich mit, dass das Armband samt Uhr sofort beschlagnahmt werde. Z erläutert dem A (zutreffend), dass eine Trennung der Uhr von dem Armband nicht möglich sei, weil das Armband so an der Uhr befestigt sei, dass es nicht gelöst werden könne, ohne Schäden an der Uhr oder an dem Armband zu hinterlassen. Für eine fachgerechte Trennung werde spezielles Bandwechselwerkzeug benötigt, das an der Dienststelle nicht vorhanden sei. Eine Beschlagnahme würde ihm schließlich nur vorübergehend sein Besitzrecht entziehen. Sobald die erforderlichen Dokumente beigebracht worden seien, erhalte A die Uhr zurück. Solange könne er wohl auch ohne seine Uhr auskommen.

Weiterhin teilte Z dem A mit, dass dieser die erforderlichen Einfuhrdokumente innerhalb eines Monats einreichen könne. Die Frist könne verlängert werden, maximal auf sechs Monate. Werden innerhalb dieser Frist die Dokumente nicht beigebracht, werde das Armband eingezogen. A teilte dem Beamten Z mit, dass er eine schriftliche Bestätigung der Beschlagnahme haben möchte.

Am 23. Januar 2001 erhielt A eine schriftliche Bestätigung der mündlichen Beschlagnahmeverfügung, die eine ordnungsgemäße Begründung der Anordnung der Beschlagnahme enthält. Die Bestätigung enthält auch eine Rechtsbehelfsbelehrung mit folgendem Wortlaut: „Gegen die Anordnung der Beschlagnahme kann innerhalb von vier Wochen Rechtsmittel bei der zuständigen Behörde eingelegt werden.“

A ist empört. Das bisschen Leder könne ja nicht so ein Problem darstellen. Der Gangsgavial sei ja nicht von A erlegt worden. Er habe nur die Uhr gekauft, an der das Armband bereits befestigt war. Die Beschlagnahme der Uhr als solche sei überhaupt nicht notwendig gewesen, da sie nicht artenschutzrechtlich geschützt sei. Die Uhr sei sehr teuer gewesen und er sehe nicht ein, warum es notwendig war, die Uhr zusammen mit dem Armband zu beschlagnahmen.

### B. Aufgabe

Prüfen Sie gutachtlich, ob die Anordnung der Beschlagnahme rechtmäßig war.

#### Anmerkungen:

1. Gehen Sie davon aus, dass die Vorschriften des VwVfG des Bundes und der VwGO Anwendung finden. Im Übrigen sind ausschließlich die in der Anlage abgedruckten Texte anzuwenden.
2. Das Zollamt München Flughafen ist sachlich, örtlich und instanzuell für die getroffenen Maßnahmen zuständig.
3. Die Anordnung der Beschlagnahme ist ein Verwaltungsakt im Sinne des § 35 Satz 1 VwVfG, der formfrei erlassen werden kann.
4. Gehen Sie davon aus, dass an der schriftlichen Bestätigung der mündlich angeordneten Beschlagnahme ein berechtigtes Interesse des A bestand, § 37 Abs. 2 Satz 2 VwVfG.
5. Auf strafrechtliche Vorschriften oder Ordnungswidrigkeiten ist nicht einzugehen. Die Vorschriften der Europäischen Artenschutzverordnung sind nicht zu prüfen.
6. Bei der Beschlagnahme handelt es sich um eine Maßnahme bei der zollamtlichen Überwachung.
7. Es handelt sich um fiktive Jahresangaben im Sachverhalt.
8. Der Geltungsbereich des BNatSchG ist die Bundesrepublik Deutschland [BRD].

#### Anlage:

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG)

#### § 7 Begriffsbestimmungen

(1) [...]

(2) Für dieses Gesetz gelten folgende weitere Begriffsbestimmungen:

##### 1. Tiere

a) wild lebende, gefangene oder gezüchtete und nicht herrenlos gewordene sowie tote Tiere wild lebender Arten,

b) Eier, auch im leeren Zustand, sowie Larven, Puppen und sonstige Entwicklungsformen von Tieren wild lebender Arten,

c) ohne Weiteres erkennbare Teile von Tieren wild lebender Arten und

d) ohne Weiteres erkennbar aus Tieren wild lebender Arten gewonnene Erzeugnisse;

[...]

##### 21. Drittstaat

ein Staat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist.

[...]

#### § 50 Anmeldepflicht bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr oder dem Verbringen aus Drittstaaten

(1) Wer Tiere oder Pflanzen, die einer von der Europäischen Gemeinschaft erlassenen Ein- oder Ausfuhrregelung unterliegen oder deren Verbringen aus einem Drittstaat einer Ausnahme des Bundesamtes für Naturschutz bedarf, unmittelbar aus einem Drittstaat in den oder durch den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt (Ein- oder Durchfuhr) oder aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes in einen Drittstaat verbringt (Ausfuhr), hat diese Tiere oder Pflanzen zur Ein-, Durch- oder Ausfuhr unter Vorlage der für die Ein-, Durch- oder Ausfuhr vorgeschriebenen Genehmigungen oder sonstigen Dokumente bei einer nach § 49 Abs. 2 bekannt gegebenen Zollstelle anzumelden und auf Verlangen vorzuführen.

#### § 51 Inverwahrnehmung, Beschlagnahme und Einziehung durch die Zollbehörden

[...]

(2) 1. Wird bei der zollamtlichen Überwachung festgestellt, dass Tiere oder Pflanzen ohne die vorgeschriebenen Genehmigungen oder sonstigen Dokumente ein-, durch- oder ausgeführt werden, werden sie durch die Zollbehörde beschlagnahmt. 2. Beschlagnahmte Tiere oder Pflanzen können der verfügungsberechtigten Person unter Auferlegung eines Verfügungsverbotes überlassen werden. 3. Werden die vorgeschriebenen Genehmigungen oder sonstigen Dokumente nicht innerhalb eines Monats nach der Beschlagnahme vorgelegt, so ordnet die Zollbehörde die Einziehung an; die Frist kann angemessen verlängert werden, längstens bis zu insgesamt sechs Monaten. 4. Wird festgestellt, dass es sich um Tiere oder Pflanzen handelt, für die eine Ein- oder Ausfuhrerlaubnis nicht erteilt werden darf, werden sie sofort eingezogen.

#### Auszug aus Artenschutz Dienstvorschrift III B 1 – SV 0832 – 3/10/ZF 121z

#### Abschnitt V – Verfahren bei Zuwiderhandlungen und Unregelmäßigkeiten

(35) [...]

Unterliegen lediglich geringfügige Bestandteile eines Exemplars, die ohne besonderen Aufwand abgetrennt werden können (zum Beispiel Uhren mit Armbändern aus Reptiliender), artenschutzrechtlichen Verboten und Beschränkungen, so ist die Beschlagnahme/Einziehung auf diese Teile zu beschränken, wenn der Beteiligte dieser Verfahrensweise ausdrücklich zugestimmt hat und die Loslösung durch ihn selbst durchgeführt werden kann. Sein Einverständnis ist in dem entsprechenden Vorgang zu vermerken.

[...]

## Lösung

### I. Ermächtigungsgrundlage

Die Beschlagnahme ist rechtmäßig, wenn sie auf einer Ermächtigungsgrundlage beruht sowie formell und materiell rechtmäßig ist. Jede Maßnahme der öffentlichen Verwaltung, die in die Rechte des Betroffenen eingreift, bedarf einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage, Art. 20 Abs. 3 GG (Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes). Die Anordnung der Beschlagnahme greift in die Besitzrechte des A ein. Eine Ermächtigungsgrundlage könnte § 51 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG sein.

### II. Formelle Rechtmäßigkeit

Die Beschlagnahme müsste formell rechtmäßig sein.

#### 1. Zuständigkeit

Das Zollamt Flughafen München müsste für die Beschlagnahmeverfügung zuständig sein. Laut Anmerkung 2 zum Sachverhalt ist das hier der Fall.

#### 2. Verfahren

Weiterhin müssten die Verfahrensvorschriften eingehalten worden sein, insbesondere müsste A gemäß § 28 Abs. 1 VwVfG angehört worden sein.

Dafür müsste die Anhörung erforderlich gewesen sein. Das ist gemäß § 28 Abs. 1 VwVfG der Fall, wenn der Verwaltungsakt in die Rechte des Beteiligten (§ 13 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG) eingreift.

Die Anordnung der Beschlagnahme ist ein Verwaltungsakt im Sinne des § 35 Satz 1 VwVfG (Anmerkung 3 zum Sachverhalt) und greift in die Besitzrechte des A ein. Somit ist die Anhörung erforderlich. Gründe für die Entbehrlichkeit der Anhörung nach § 28 Abs. 2 und Abs. 3 VwVfG sind nicht ersichtlich. Im Übrigen war A bei der Beschlagnahmeanordnung persönlich zugegen; daher wäre wenigstens eine kurze, unmittelbare Anhörung des A möglich gewesen.

Eine Gelegenheit zur Stellungnahme wurde A jedoch nicht gegeben. Eine Anhörung ist also unterblieben.

Allerdings kann dieser Verfahrensfehler gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 3 VwVfG noch bis zum Schluss der letzten Tatsacheninstanz eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens nachgeholt werden (§ 45 Abs. 2 VwVfG).

Die Beschlagnahme ist zwar verfahrensfehlerhaft, jedoch heilbar.

#### 3. Form

Mangels besonderer Vorschriften besteht Formfreiheit gemäß § 37 Abs. 2 Satz 1 VwVfG (vergleiche Anmerkung 3). Die Anordnung der Beschlagnahme ist mündlich erfolgt und damit formgerecht.

#### 4. Bekanntgabe

Die Beschlagnahme ist dem A mündlich mitgeteilt worden und ist ihm damit unmittelbar zugegangen. Damit ist die Bekanntgabe gemäß § 41 Abs. 1 VwVfG erfolgt.

#### 5. Begründung

Verwaltungsakte, die mündlich ergangen sind, bedürfen keiner Begründung. Die Anordnung der Beschlagnahme wurde A jedoch schriftlich bestätigt. Gemäß § 39 Abs. 1 VwVfG ist

ein schriftlich bestätigter Verwaltungsakt mit einer Begründung zu versehen. Laut Sachverhalt ist der schriftlichen Bestätigung der Beschlagnahme eine ordnungsgemäße Begründung beigelegt worden.

### 6. Rechtsbehelfsbelehrung

Ein mündlich erlassener Verwaltungsakt bedarf keiner Rechtsbehelfsbelehrung. Gemäß § 37 Abs. 6 Satz 2 VwVfG ist einer schriftlichen Bestätigung des Verwaltungsakts jedoch eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen.

Gemäß § 37 Abs. 6 Satz 1 VwVfG ist danach eine Erklärung beizufügen, durch die der Beteiligte über den Rechtsbehelf, der gegen den Verwaltungsakt gegeben ist, über die Behörde oder das Gericht, bei denen der Rechtsbehelf einzulegen ist, den Sitz und über die einzuhaltende Frist belehrt wird (Rechtsbehelfsbelehrung).

Die der schriftlichen Bestätigung der Beschlagnahme beigelegte Rechtsbehelfsbelehrung enthält lediglich den Hinweis auf die zuständige Behörde, ohne diese zu benennen und eine fehlerhafte Widerspruchsfrist von 4 Wochen (richtig ist ein Monat gemäß § 70 Abs. 1 VwGO). Die Rechtsbehelfsbelehrung ist daher fehlerhaft, führt aber nicht zu der formellen Rechtswidrigkeit der Beschlagnahme, sondern zu einer verlängerten Widerspruchsfrist gemäß § 58 Abs. 2 Satz 1 VwGO.

### Zwischenergebnis

Die Beschlagnahme ist hinsichtlich der fehlenden Anhörung formell rechtswidrig, jedoch heilbar.

### III. Materielle Rechtmäßigkeit

Die Beschlagnahme müsste materiell rechtmäßig sein. Dafür müssten die Tatbestandsmerkmale der Ermächtigungsgrundlage erfüllt und die richtige Rechtsfolge gewählt worden sein. Gemäß § 51 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG werden Tiere oder Pflanzen von der Zollbehörde beschlagnahmt, wenn bei der zollamtlichen Überwachung festgestellt wird, dass die Tiere ohne die erforderlichen Genehmigungen oder sonstigen Dokumente ein-, durch- oder ausgeführt werden.

#### 1. Tatbestandsmerkmale

##### a) Zollamtliche Überwachung

Laut Anmerkung 6 zum Sachverhalt handelte es sich um eine Maßnahme bei der zollamtlichen Überwachung.

##### b) Tiere oder Pflanzen

Es muss sich um ein Tier oder eine Pflanze handeln. Gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 1 d) BNatSchG sind Tiere ohne Weiteres erkennbar aus Tieren wild lebender Arten gewonnene Erzeugnisse. Das Armband besteht aus der Haut des Gangesgavials. Der Gangesgavial ist laut Sachverhalt wild lebend. Ein Erzeugnis ist ein aus dem Tier oder Teilen davon hergestelltes Produkt. Das Armband wurde aus der Haut des Gangesgavials mittels Gerbung und Zuschneiden hergestellt. Daher handelt es sich beim Armband um ein Tier im Sinne des § 7 Abs. 2 Nr. 1 d) BNatSchG.

##### c) Einfuhr

Das Armband muss eingeführt worden sein. Gemäß § 50 Abs. 1 BNatSchG ist die Einfuhr das Verbringen unmittelbar aus einem Drittstaat in den Geltungsbereich des BNatSchG. Drittstaat ist gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 21 BNatSchG ein Staat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist. Das Armband

wurde aus Nepal nach Deutschland und damit aus einem Drittstaat in den Geltungsbereich des BNatSchG verbracht. Eine Einfuhr liegt damit vor.

#### d) ohne erforderliche Dokumente

Die erforderlichen Dokumente bei der Einfuhr sind das Ausfuhrdokument aus Nepal und das Einfuhrdokument aus Deutschland. Die von A vorgelegten Dokumente wurden jedoch für eine andere Gaviart ausgestellt. Daher liegen die erforderlichen Dokumente für den Gangesgavial nicht vor.

#### 2. Rechtsfolge

Bei Vorliegen der Tatbestandsmerkmale ist die Beschlagnahme des artenschutzrechtlich geschützten Exemplars auszusprechen. Es handelt sich um eine gebundene Entscheidung.

Die Rechtsfolge betrifft allerdings lediglich das aus der Haut des Gangesgavials gefertigte Armband. Fraglich ist, ob die Beschlagnahme der Uhr, die nicht artenschutzrechtlich geschützt ist, von der Rechtsfolge gedeckt ist.

Der Zweck des § 51 BNatSchG besteht darin, geschützte Exemplare vorübergehend aus dem Verkehr zu ziehen und dem Beteiligten das Vorlegen der erforderlichen Dokumente zu ermöglichen und damit den rechtswidrigen Zustand zu beseitigen. Um diesem Zweck gerecht zu werden, kann das artenschutzrechtliche Exemplar samt den daran befestigten Bestandteilen beschlagnahmt werden. Andernfalls könnte dieser Zweck mithilfe eines an dem geschützten Exemplar befestigten Gegenstands unterlaufen werden. Eine Ausnahme sieht die Artenschutz-Dienstvorschrift in SV 0832 – 3 Abs. 35 nur für den Fall vor, dass die Gegenstände leicht voneinander getrennt werden können und der Beteiligte damit einverstanden ist. Die Trennung des Armbands von der Uhr war in diesem Fall nicht ohne Weiteres möglich. Dafür hätte Z Bandwechselwerkzeug gebraucht. Dieses war an der Dienststelle nicht vorhanden. Eine unsachgemäße Trennung hätte zu Schäden an dem Armband und an der Uhr geführt.

Die Beschlagnahme des Armbands einschließlich der Uhr ist daher von der Rechtsfolge des § 51 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG gedeckt.

(Hinweis: Vorstehende Ausführungen können auch bei dem Tatbestandsmerkmal „Tier“ be-

rücksichtigt werden. Bei entsprechender Argumentation ist ein anderes Ergebnis vertretbar.)

#### Zwischenergebnis

Die Beschlagnahme ist materiell rechtmäßig.

#### III. Ergebnis

Die Beschlagnahme ist rechtmäßig.

(Hinweis: Obwohl die formelle Rechtmäßigkeit noch von der Heilung der Anhörung abhängig ist, ist die vorstehende Formulierung zu akzeptieren. Letztlich kann davon ausgegangen werden, dass es zu einer Heilung des Verfahrensmangels kommen wird.



## DIE Fachgewerkschaft für die Zollverwaltung

# Iohntsich

weil ...

-  **Rechtsschutz**
-  **Dienstaftpflichtversicherung**
-  **BDZ magazin**
-  **Seminare und Schulungen**
-  **Rabatte (z.B. Mobilverträge**

bei [www.dbb-vorteilswelt.de](http://www.dbb-vorteilswelt.de))



[www.bdz.eu](http://www.bdz.eu)



[www.facebook.com/BDZ.eu](http://www.facebook.com/BDZ.eu)